Tarif der Marktgebühren in Altona.

- Es ist zu bezahlen:
1. Von Fischhampfern per Reise... 2.- M.
2. Von Seeultern und See-Eiern mit Fischen per Reise... 1.-
3. Von Fluß- und Balleweern mit Fischen per Reise... 0.25
4. Von Jollen und Boten mit Fischen per Reise... 0.15
5. Für gelandete Störe per Stüd... 0.10
6. Von Landleuten, Gärtnern, Hötern und Fischhändlern für jeden Markt für einen ganzen Platz... 0.25
7. Für einen halben Platz... 0.15
8. Von Händlern mit Eiern, Wild, Federvieh etc. per Markt... 0.10
9. Von Fahrzeugen, welche am Markt liegen und aus denen Kohl, Früchte, Gemüse, Kartoffeln etc. verkauft wird, für jeden Markt... 0.20
10. Von Wägen, aus denen Marktgegenstände feilgeboten werden 0.50

Bestimmungen über den Bezug von elektrischem Strom aus den städtischen Electricitätswerken.

Die Messung der elektrischen Energie erfolgt nur durch Strommesser und wird der Preisberechnung die Ampere-Stunde zu Grunde gelegt. Der Grundpreis für Licht für ein Jahr beträgt 6,9 J für die Ampere-Stunde. Auf diesen Grundpreis werden folgende Ermäßigungen gewährt: Bei einem Verbrauch eines Abnehmers auf ein und demselben Grundstück von jährlich 500 M. bis 1000 M. einh. 2% 13000 M. bis 13500 M. einh. 18%
1000 2000 3 13500 14000 19
2000 4000 4 14000 14500 20
4000 6000 5 14500 15000 22
6000 10000 7 15000 15500 24
10000 10500 10 15500 16000 26
10500 11000 12 16000 16500 28
11000 11500 14 16500 17000 30
11500 12000 15 17000 17500 32
12000 12500 16 17500 18000 34
12500 18000 17 über 18000 36

jedoch mit der Maßgabe, daß der Strompreis sich niemals unter den für die nächstniedrige Rabattstufe bei Anwendung des für diese möglichen Rabattsatzes sich ergebenden Höchstbetrags ermäßigt.

Die Rabattvergütungen kommen nur für ein volles Geschäftsjahr, vom 1. April bis zum 31. März, zur Berechnung und werden von der letzten Stromrechnung des laufenden Geschäftsjahres abgezogen, oder, falls der Rechnungsbetrag kleiner ist als der Rabatt, mit dem überstehenden Rest dem Abnehmer gutgeschrieben. — In dem Grundpreis von 6,9 J für Lichtstrom ist der unentgeltliche Ertrag der Glühlampen von 5 bis 25 N. K. bezw. sonstige Umlauf des selben bei solchen Anlagen mit einbezogen, bei denen nicht nebensächlich die eigene Erzeugung von elektrischer Energie stattfindet. Der Austausch der alten ausgebrannten und vom Werk gelieferten Glühlampen erfolgt nur gegen zuvorige Rücklieferung derselben in unbeschädigtem Zustande. Zerstückelte Glühlampen werden nicht ersetzt, und müssen die hierfür in Frage kommenden Ersatzlampen den Electricitätswerken von Seiten des Abnehmers vergütet werden. Der unentgeltliche Ertrag der Glühlampen hat von Seiten des Werkes zu erfolgen, sobald bei der Normalglühlampe von 16 N. K. und darüber mehr als 3,5 Watt für eine N. K. und Stunde gebraucht wird.

Electricität: Ströme, die zu motorischen und gewerblichen Zwecken Verwendung finden, werden mit 25 J für die Kilowattstunde berechnet. Jedoch dürfen die zum 25 J-Tarif bezogenen Energie-Mengen in keiner Weise wieder zur Lichtproduktion benutzt werden. Eine Rabattgewährung findet für elektrische Ströme zu motorischen wie gewerblichen Zwecken nicht statt. Soll die Energie zum Betriebe von Straßenbahnen verwendet werden, so kann die Commission für Gas, Wasser und Electricität den Satz von 25 J ermäßigen.

Den Electricitätswerken allein steht die Entscheidung über die Größe, die Anzahl sowie die Art der Aufstellung der zur Benutzung erforderlichen Electricitätsmesser zu. Die jährliche Miete für einen Electricitätszähler beträgt:

Table with 2 columns: 'Bis zu 10' and 'sechszehnerzigen Glühlampen oder deren Äquivalent'. Values range from 25 to 600.

M. 12 Die Miete ist stets für drei Monate im Voraus und zwar auch bei Einstellung der Entnahme bis zum Ablauf des laufenden Kalenderquartals zu bezahlen.

Für Grundstücke, auf welchen sich Privatanlagen zur eigenen Erzeugung von Gas oder Electricität befinden, oder welche an solche Anlagen anderer Grundstücke angeschlossen sind, kann der Anschluß an das städtische Gasrohrnetz bezw. an das städtische Kabelnetz seitens der Commission für Gas, Wasser und Electricität verweigert, wieder entzogen oder an näher zu verbindende Bedingungen geknüpft werden.

Anmeldung beim Wohnungswechsel.

1. Jeder Wohnungswechsel innerhalb der Stadt ist bei der Polizeibehörde anzugeben, welche über die beschaffte Anmeldung eine Bescheinigung kostenfrei ausstellt. — Für den Stadtteil von Altona ist dies eine durch die gr. Rothen- und Holtenauerstraßen gedachte Linie sind die Wohnungsanmeldungen auf dem Polizeiamt, Königstr. 149, für den nördlich jener Linie belegenen Stadtteil (incl. Gähler's Platz) auf dem Polizei-Revier-Bureau IV, H. Gärnerstr. 162, zu beschaffen; im Stadtteil Olshausen auf dem Polizei-Revier-Bureau V, Culenstr. 87; für Bahrensiedel auf dem Polizei-Revier-Bureau am Marktplatz; für Othmarschen u. Dövelshoop auf dem Bezirksvorsteheren.

2. Haushaltungsvorstände, Dienstherrschaffen, Meister und Arbeitgeber, Vermiether von Zimmern und Schlafstellen haben darauf zu halten, daß diese Anzeige bezüglich ihrer Hausgenossen und Mieter pünktlich erfolge, und sind verpflichtet, dieselbe nöthigenfalls selbst zu bewirken.

3. Die oben vorgeschriebene Anzeige ist spätestens innerhalb 10 Tagen nach eingetretenerm Wohnungswechsel zu bewirken.

4. Uebertretungen werden mit einer Geldbuße bis zu 30 M. oder Haft bis zu 7 Tagen bestraft. Das Melde-Bureau befindet sich im Polizei-Amt, Zimmer 3, geöffnet von 9-1 Uhr und 4-6 Uhr; das Zimmer 5 daselbst ist Nachmittags von 1-4 Uhr geöffnet für Austunfterteilung.

Krankenhaus-Abonnements-Bestimmungen für Dienstboten und Lehrlinge. (Auszug aus denselben.)

1) Jede im Stadtbezirk wohnende oder hier einkommensteuerpflichtige Dienstherrschaffen erlangt gegen Vorauszahlung von 6 M. jährlich die Berechtigung zur unentgeltlichen Kur und Verpflegung eines in ihrem Dienst erkrankten Dienstboten im städtischen Krankenhaus auf die Dauer von sechs Wochen.

Andere Dienstherrschaffen können nach dem Ermessen der Krankenhaus-Commission in gleicher Weise auf ihren Antrag zum Abonnement gegen Zahlung von 10 M. zugelassen werden.

Dieselbe Berechtigung steht den Lehrherren hinsichtlich der Lehrlinge zu. Außerdem wird den Dienstboten und Lehrlingen nachgelassen, sich im eigenen Namen für den Fall zu abonnieren, daß sie hier in einem Gesundheitsdienste oder in der Lehre erkrankten sollten, dagegen können Dienstboten oder Lehrlinge, welche sich bereits im Krankenhaus befinden, vor ihrer Entlassung aus demselben zum Abonnement nicht verpflichtet werden.

2) Die Anmeldung zur Theilnahme erfolgt bei der Stadtkasse, die eine Liste der Abonnenten führt und gegen Bezahlung des Beitrags den von der Verwaltung des Krankenhauses vollzogenen Abonnements-Schein auf das Etatsjahr ausshändigt, womit der Contract geschlossen ist.

4) Das Abonnement gilt für das Etatsjahr vom 1. April bis 31. März. Die Anmeldung dazu erfolgt im März des vorhergehenden Jahres. Im Laufe des Jahres sind auf den Rest des Etatsjahres allerdings Anmeldungen gegen Zahlung des vollen Abonnementsbetrages zulässig, doch tritt daraus ein Recht auf freie Kur und Verpflegung erst nach 14 Tagen nach geschickter Anmeldung ein. Das Abonnement wird als erneuert angesehen, wenn nicht bis zum 15. März eine Kündigung erfolgt; es sei denn, daß der Abonnent vor dem 1. April aus Altona, oder, im Falle des sub 1. Absatz 2, aus seinem bisherigen Wohnort verzoogen ist.

5) Die Rechte aus dem Abonnement erlöschen (während die Zahlungspflicht bleibt), wenn der Jahresbeitrag nicht spätestens 14 Tage nach Beginn bzw. Wiederbeginn des Abonnements gezahlt ist und treten erst 14 Tage nach geschickter Zahlung wieder in Kraft.

6) Wird ein Dienstbote oder Lehrling, für welchen abonniert worden, krank, so ist dies unter Vorzeigung des Abonnements-Scheines und des von einem hiesigen Arzte ausgestelltten Krankheitscheines im Bureau des Krankenhauses anzuzeigen, worauf die unentgeltliche Aufnahme desselben erfolgt.

9) Wer sich eine Fälschung insofern erlaubt, als er mehrere Dienstboten derselben Kategorie hält und weniger anmeldet, oder einen Dienstboten einer andern Kategorie, als worauf der Abonnements-Schein lautet, in das Krankenhaus abliefern, geht seines Rechts aus dem Abonnement verlustig, und muß für den erkrankten Dienstboten die vollen Kur- und Verpflegungskosten bezahlen.

Regulativ für die Aufnahme und Entlassung der Kranken im städtischen Krankenhaus zu Altona. (Auszug aus demselben.)

§ 1. Die Aufnahme in das Krankenhaus kann unter den nachstehenden Bedingungen Allen gewährt werden, welche entweder heilbar sind, oder deren Krankheitszustand durch die Aufnahme zu bessern und zu erleichtern ist. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind Kinder unter 8 Jahren, Frauen, deren Niederkunft bevorsteht, und unheilbare Siche. Die Aufnahme eines Kindes unter dem angegebenen Alter ist jedoch alsdann zulässig, wenn die Schwierigkeit einer an dem Kinde vorzunehmenden Operation dessen Aufnahme besonders wünschenswert erscheinen läßt, sowie wenn die Mutter des Kindes in das Krankenhaus aufgenommen ist, und entweder selber den Zustand eine gleichmäßige Behandlung (z. B. bei Syphtis, Krätze etc.) erforderlich macht, oder (z. B. bei Säuglingen) das Verbleiben des Kindes bei der Mutter nothwendig erscheint.

§ 2. Darüber, ob ein Kranker nach Beschaffenheit seines Krankheitszustandes sich zur Aufnahme eignet, entscheidet allein der Oberarzt der betreffenden Abtheilung.

§ 3. Nach der Höhe des zu leistenden Beitrages werden die Kranken als Kranke 1., 2., 3. Classe aufgenommen. Kranke der 1. Classe zahlen einen Betrag von 8 M. für Pflanze und 10 M. für Auswärtige täglich. Sie erhalten die für dieselben eingerichteten Einzelzimmer und eine besondere Diät. Falls der Zustand des Kranken es erfordert, daß ein besonderer Wärter für denselben angenommen wird, oder der Kranke solches wünscht, so hat er außerdem 3 M. täglich zu zahlen. Für die Bäder, welche nicht in gewöhnlichen kalten, warmen oder russischen Dampfbädern bestehen, wird gleichfalls nach Verhältnis der auf dieselben verwendeten Kosten besonders vergütet. Alles Uebrige gewährt die Anstalt. Kranke der 2. Classe zahlen einen Betrag von 4 M. für in Altona wohnhafte oder in frankenversicherungspflichtiger Beschäftigung stehende Personen, 6 M. für Auswärtige täglich, wofür die Anstalt sämtliche Bedürfnisse derselben gewährt. Sie erhalten Zimmer von 2-4 Betten und eine bessere Krankendiät. Kranke der 3. Classe zahlen für sämtliche ihnen von der Anstalt zu gewährenden Bedürfnisse einen Betrag von 2 M. 50 J für in Altona wohnhafte oder in frankenversicherungspflichtiger Beschäftigung

- 5) Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte Person, auf welche unter 2 Anwendung findet, spätestens am dritten Tage bei der Geschäftsstelle anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder abzumelden. Formulare zu diesen Meldungen verabsolgt die Geschäftsstelle unentgeltlich. Jedoch finden vorkommende Vorherrschaften keine Anwendung auf diejenigen Versicherten, deren Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist. In diesen Fällen haben die Arbeitgeber selbst die entsprechenden Marken rechtzeitig in die Quittungskarten einzulegen.
- 6) Bezüglich der Lohnklassen gilt das Nachstehende: Für das Gebiet der Stadt Altona beträgt der ortsübliche, sowie der durchschnittliche Tageslohn a) für erwachsene männliche Personen 3 M., b) für erwachsene weibliche Personen 2 M., c) für männliche Personen unter 16 Jahren 1 50 M., d) für weibliche Personen unter 16 Jahren 1 M. Für Lehrlinge gilt nach § 8, II des Krankenverl.-Gesetzes die für junge Leute getroffene Festsetzung.
- Demnach gehören: a) alle männlichen Versicherten (ausgenommen Lehrlinge) zur IV. Lohnklasse; b) alle weiblichen Versicherten (ausgenommen Lehrlinge) zur III. Lohnklasse; c) männliche Lehrlinge zur II. Lohnklasse; d) weibliche Lehrlinge zur I. Lohnklasse, so daß ad a) Marken zu 30 S., ad b) Marken zu 24 S., ad c) Marken zu 20 S., ad d) Marken zu 14 S. zu verwenden sind. Gehören die Lehrlinge der Allg. Ortskrankencasse als Mitglieder an, so sind, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, Marken der II. Lohnklasse (zu 20 S.) zu verwenden. Außerdem ist eine Lohnklasse V geschaffen für Personen, die einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 M. nachweisen. Für dieselben sind Marken zu 36 S. zu verwenden.
- 7) Als Lehrlinge sind solche Personen zu betrachten, welche nach gesetzlicher Bestimmung, Vertrag oder Sprachgebrauch in einem gewerblichen oder kaufmännischen Lehrlingsverhältnis stehen. Sofern denselben als Entgelt für ihre Beschäftigung nur freier Unterhalt vom Arbeitgeber gewährt wird, sind sie nicht versicherungspflichtig; wird ihnen aber an Stelle des freien Unterhalts ein Baarbetrag gezahlt, unterliegen sie der Versicherungspflicht. Bezüglich der Seelente und der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsbeamten sind besondere Bestimmungen erlassen.
- 8) Falls die Beschäftigung nicht während der Beitragswoכה bei demselben Arbeitgeber stattfindet, ist gemäß § 140 Absatz 2 des Gesetzes der volle Wochenbeitrag von demjenigen Arbeitgeber zu entrichten, welcher den Versicherten zuerst beschäftigt.
- 9) Nach § 34 des Gesetzes ist wohl eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern über die Verwendung von Beitragsmarken einer höheren Lohnklasse, nicht aber über die Verwendung einer niedrigeren Lohnklasse statthaft.
- 10) Der Umstand, daß etwa der Versicherungspflichtige sich nicht im Besitz einer Quittungskarte befindet oder dieselbe behufs Einleitung der Marken nicht vorlegt, befreit den Arbeitgeber von der Verpflichtung zur Einleitung der Marken nicht, es ist vielmehr Sache des letzteren, bei Vermeidung von Strafe nötigenfalls selbst für Herbeischaffung einer Quittungskarte für den Arbeiter oder Diensthofen Sorge zu tragen.
- 11) Auch die Gewährung von Altersrenten an über 70 Jahre alte Personen befreit dieselben, so lange sie sich in versicherungspflichtiger Beschäftigung befinden, von der Entrichtung von Beiträgen nicht. Personen, die das siebenzigste Lebensjahr vollendet haben, können jedoch gemäß § 6 des Gesetzes auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden. Hingegen sind diejenigen Personen, die eine Invalidenrente beziehen, von der Beitragspflicht befreit.
- 12) Personen, welche aus dem Versicherungsverhältnis ausscheiden, sind berechtigt, dasselbe freiwillig fortzusetzen. Dabei steht ihnen die Wahl der Lohnklasse frei (§ 14 und 145 des Gesetzes).
- 13) Die Marken sind in folgender Reihenfolge in die Quittungskarte einzulegen; Uebertragung einzelner Felder ist unstatthaft.
- 14) Diejenigen Arbeitgeber, die für Gelegenheitsarbeiter selbst die Marken einlegen, sind besorgt, die eingelebten Marken in der Weise zu entnehmen, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder unter Anwendung eines Stempels der Entwerthungstag in Ziffern angegeben wird, z. B. 11. 11. 92. Andere auf die Marken gesetzte Zeichen sind unzulässig.
- 15) Die unter 4 gedachten Arbeitgeber, welche es unterlassen, für die von ihnen beschäftigten, dem Versicherungszwange unterliegenden Personen Marken in zureichender Höhe und in vorschriftsmäßiger Beschaffenheit rechtzeitig zu verwenden, können mit Ordnungstrafen bis zu 300 Mark belegt werden und wird der Vorstand fernerhin von der Befugnis, solche Strafen anzuerlegen, unbeschädigt Gebrauch machen.
- 16) Für den Bezirk des Stadtkreises Altona ist von der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Schleswig-Holstein ein Controlbeamter angestellt, welcher zu überwachen hat, daß die Vorschriften über die Invaliditäts- und Altersversicherung seitens der Arbeitgeber und Arbeiter richtig befolgt werden.
- 17) Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist der Controlbeamte befugt:
1. Von den Arbeitgebern Auskunft über die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen und die Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen und sich diejenigen Geschäftsbücher oder Listen, aus welchen diese Tatsachen hervorgehen, zur Einsicht während der Betriebszeit an Ort und Stelle vorlegen zu lassen.
 2. Von den Versicherten Auskunft über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen.
 3. Von den Arbeitgebern wie von den Versicherten gegen Bescheinigung die Aushändigung der Quittungskarten behufs Aus-

übung der Kontrolle und Herbeiführung etwa erforderlicher Berechtigungen zu fordern. (Bergl. § 126 Abs. 2 des Gesetzes.)

18) Sichert der Arbeitgeber oder der Versicherte dem Controlbeamten um Auskunftserteilung oder um Vorlage von Quittungskarten, Geschäftsbüchern, Arbeiter- und Lohnlisten u. i. w. nicht Folge, so hat der Beamte den Fall zur Kenntnis des Vorstandes zu bringen.

19) Jede Quittungskarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht bis zum Schlusse des zweiten Jahres, welches dem am Kopfe der Karte verzeichneten Jahre folgt, zum Umtausch eingereicht worden ist.

B. Unfallversicherung.

Das Bureau, Zimmer 18, nimmt entgegen die Betriebsanmeldungen, Beschwerden der Unternehmer gegen die Aufnahme sowie die Ablehnung derselben zur Unfallversicherung, Anträge seitens Verletzter oder deren Hinterbliebenen, denen eine Mittheilung der Berufsgenossenschaft von der beabsichtigten Bewilligung oder Ablehnung einer Unfallrente zugegangen ist, Anträge seitens der Entschädigungsberechtigten sowie Hinterbliebenen, für welche eine Entschädigung nicht von Amtswegen festgestellt ist, sowie Anträge seitens der Rentenempfänger, denen eine Mittheilung von der Berufsgenossenschaft von einer beabsichtigten Herabsetzung oder Aufhebung der ihm bewilligten Rente zugegangen ist.

Tarif der staatlichen Einkommensteuer.

Laut Gesetz vom 24. Juni 1891 beträgt die Einkommensteuer jährlich bei einem Jahreseinkommen

von mehr als	bis einschließlich	Steuerbetrag pro Jahr	von mehr als	bis einschließlich	Steuerbetrag pro Jahr
900 M.	1050 M.	6 M.	3900 M.	4200 M.	92 M.
1050	1200	9	4200	4500	104
1200	1350	12	4500	5000	118
1350	1500	16	5000	5500	132
1500	1650	21	5500	6000	146
1650	1800	26	6000	6500	160
1800	2100	31	6500	7000	176
2100	2400	36	7000	7500	192
2400	2700	44	7500	8000	212
2700	3000	52	8000	8500	232
3000	3300	60	8500	9000	252
3300	3600	70	9000	9500	276
3600	3900	80	9500	10500	300

Die Steuer steigt bei höherem Einkommen

von mehr als	bis einschließlich	in Stufen von	um je
10500 M.	30500 M.	1000 M.	30 M.
30500	32000	1500	60
32000	78000	2000	80
78000	100000	2000	100

Bei Einkommen von mehr als 100 000 M. bis einschließlich 105 000 M. beträgt die Steuer 4000 M. und steigt bei höherem Einkommen in Stufen von 5000 M. um je 200 M.

Ergänzungssteuer.

Nach § 17 des Ergänzungssteuer-Gesetzes vom 14. Juli 1893 werden zur Ergänzungssteuer nicht herangezogen: 1) diejenigen Personen, deren steuerbares Vermögen den Gesamtwert von 6000 M. nicht übersteigt; 2) diejenigen Personen, deren nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes zu berechnendes Jahreseinkommen den Betrag von 900 M. nicht übersteigt, insofern der Gesamtwert ihres steuerbaren Vermögens nicht mehr als 20 000 M. beträgt; 3) weibliche Personen, welche minderjährige Familie nangehörige zu unterhalten haben, wahlweise, minderjährige Frauen und Erwerbsunfähige, insofern das steuerbare Vermögen der bezeichneten Personen den Betrag von 20 000 M. und das nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes zu berechnende Jahreseinkommen derselben den Betrag von 1200 M. nicht übersteigt. Nach § 18 des Ergänzungssteuergesetzes und Verordnung vom 25. Juni 1895 beträgt die Ergänzungssteuer bei einem steuerbaren Vermögen von

mehr als	bis einschließlich	jährlich	mehr als	bis einschließlich	jährlich
6 000	8 000	3.20	140 000	150 000	73.60
8 000	10 000	4.20	150 000	160 000	73.80
10 000	12 000	5.20	160 000	170 000	84.20
12 000	14 000	6.40	170 000	180 000	89.40
14 000	16 000	7.40	180 000	190 000	94.60
16 000	18 000	8.40	190 000	200 000	100.—
18 000	20 000	9.40	200 000	220 000	105.20
20 000	22 000	10.60	220 000	240 000	115.80
22 000	24 000	11.60	240 000	260 000	126.20
24 000	28 000	12.60	260 000	280 000	136.80
28 000	32 000	14.80	280 000	300 000	147.20
32 000	36 000	16.80	300 000	320 000	157.80
36 000	40 000	19.—	320 000	340 000	168.40
40 000	44 000	21.—	340 000	360 000	178.80
44 000	48 000	23.20	360 000	380 000	189.40
48 000	52 000	25.20	380 000	400 000	199.80
52 000	56 000	27.40	400 000	420 000	210.40
56 000	60 000	29.40	420 000	440 000	221.—
60 000	70 000	31.60	440 000	460 000	231.40
70 000	80 000	36.80	460 000	480 000	242.—
80 000	90 000	42.—	480 000	500 000	252.40
90 000	100 000	47.40	500 000	520 000	263.—
100 000	110 000	52.60	520 000	540 000	273.60
110 000	120 000	57.80	540 000	560 000	284.—
120 000	130 000	63.20	560 000	580 000	294.60
130 000	140 000	68.40	580 000	600 000	305.—

Sonstige gemeinnützige Mittheilungen

u. s. f. für je 20000 M steigend um je 10 M 52 J mit der Maßgabe, daß jeder übersteigende, nicht durch 20 theilbare Pfennigbetrag, sofern er mehr als 10 J beträgt, auf den nächst höheren, sofern er 10 J und weniger beträgt, auf den nächst niedrigeren in dieser Weise theilbaren Betrag abzurunden ist. Fernach sind 3. B. 44 und 48 J auf 40 J, 90 J auf 80 J, 52 und 56 J auf 60 J abzurunden.

Gewerbesteuer.

(Auszug aus dem Gesetz vom 24. Juni 1891.)

§ 6. Die Besteuerung erfolgt in vier Gewerbesteuerklassen. In Klasse I sind diejenigen Betriebe zu besteuern, deren jährlicher Ertrag und Betriebscapital im Werthe von 150.000 bis ausschließlich 1.000.000 M.

Die Gewerbesteuerklasse II umfaßt die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 20.000 bis ausschließlich 50.000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebscapital im Werthe von 150.000 bis ausschließlich 1.000.000 M.

Zur Gewerbesteuerklasse III gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 4000 bis ausschließlich 20.000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebscapital im Werthe von 30.000 bis ausschließlich 150.000 M.

Zur Gewerbesteuerklasse IV gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 1500 bis ausschließlich 4000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebscapital von 3000 bis ausschließlich 30.000 M.

§ 7. Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 M, noch das Anlage- und Betriebscapital 3000 M erreicht, bleiben von der Gewerbesteuer befreit.

Auf die Betriebssteuer (§§ 59 ff. dieses Gesetzes) findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 14. Steuerjahre. Die Mitteljahre betragen:

Table with 2 columns: Steuerjahre, Mitteljahre betragen. Rows: in Klasse II (300 M), in Klasse III (80 M), in Klasse IV (16 M).

Die bei der Steuervertheilung zulässigen geringsten und höchsten Steuerjahre betragen:

Table with 2 columns: Steuerjahre, Mitteljahre betragen. Rows: in Klasse II (156 bis 480 M), in Klasse III (32 bis 192 M), in Klasse IV (4 bis 36 M).

Die Steuerjahre sollen bis zu 40 M um je 4 M, von da ab bis 96 M um je 8 M, weiter bis 192 M um je 12 M und weiter bis zu 480 M um je 36 M freigeig abgefaßt werden.

§ 27. Eine Vorlegung der Geschäftsbücher des Gewerbetreibenden findet nur statt, wenn dieser selbst dazu bereit ist.

Zur Offenbarung von Geschäftsgeheimnissen ist der Gewerbetreibende in keinem Falle verpflichtet. — Mit der Befähigung der Anlagen, Betriebsstätten und Vorräte (§ 25, Absatz 4) können ohne Zustimmung des Gewerbetreibenden andere Personen, als Staatsbeamte, nicht beauftragt werden.

§ 44. Wird ein Betrieb durch Tod oder Krankheit des Inhabers, Brandunglück, Uebersehwemmung oder sonstige Ereignisse wesentlich geschädigt, so kann die Steuer für die folgenden Vierteljahre ermäßigt oder erlassen werden.

§ 55. Auf besondere Aufforderung des Vorstehenden eines zuständigen Steuer-Ausschusses des Verwaltungsbezirks ist jeder Gewerbetreibende verpflichtet, in verschlossenen Schreiben oder mündlich zu Protokoll zu erklären, ob der jährliche Ertrag seines Gewerbetriebes

Table with 2 columns: Ertrag, Steuerjahre. Rows: 1500 bis ausschließlich (4000 M), oder 4000 bis ausschließlich (20000 M), oder 20000 bis ausschließlich (50000 M), oder 50000 M oder mehr beträgt.

Table with 2 columns: Ertrag, Steuerjahre. Rows: und ob der Werth des Anlage- und Betriebscapitalis (3000 bis ausschließlich (30000 M), oder 30000 bis ausschließlich (150000 M), oder 150000 bis ausschließlich (1000000 M), oder 1000000 M oder mehr beträgt.

Solche Erklärungen sind geheim aufzubewahren. Weitergehende Auskunftserteilung über die Höhe des Ertrages, sowie den Werth des Anlage- und Betriebscapitalis ist der Gewerbetreibende abzulehnen berechtigt. Die im Vorstehenden vorgeschriebene Auskunft über die Höhe des Anlage- und Betriebscapitalis zu erteilen, sind auch diejenigen verpflichtet, welche einen Betrieb neu beginnen.

Dem Steuerpflichtigen ist auf seinen Antrag in Fällen, in welchen es sich um einen nur durch Schätzung zu ermittelnden Ertrag handelt, gestattet, statt der im Absatz 1 erwähnten Erklärung diejenigen Nachweisungen zu geben, deren der Steuer-Ausschuß zur Schätzung des Ertrages bedarf.

§ 59. Für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist jährlich eine besondere Betriebssteuer zu entrichten.

§ 60. Die Betriebssteuer beträgt für Jeden, welcher ein oder mehrere dieser Gewerbe, allein oder in Verbindung mit anderen Gewerben, betreibt,

1) wenn er von der Gewerbesteuer wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages und Anlage- und Betriebscapitalis befreit ist (§ 7) 10 M

2) wenn er zur Gewerbesteuer veranlagt ist:

Table with 2 columns: Steuerjahre, Mitteljahre betragen. Rows: a. in der Klasse IV (15 M), b. in der Klasse III (25 M), c. in der Klasse II (50 M), d. in der Klasse I (100 M).

Die Steuer wird bei allen Betrieben, welche geistige Getränke verabfolgen, für jede Betriebsstätte besonders erhoben.

Grundsteuer-Ordnung der Stadt Altona

vom 7. Februar 1895 in der durch Nachtrag I vom 13. April 1899 abgeänderten Fassung. Auch gültig für den Stadtheil Bahrenfeld vom 1. April 1900 ab.

§ 1. Vom 1. Januar 1873 an werden die sogenannten vereinigten Stadtsteuern als eine Grundsteuer von dem im Stadtgebiet belegenen, bebauten und ungebauten Grundstücken nach Maßgabe dieses Regulativs von den Eigentümern oder Nutznießern erhoben.

§ 2. Als Basis der Besteuerung dient der Nutzungswert der betreffenden Gebäude und Grundstücke.

§ 3. Die Abschätzung des Nutzungswertes geschieht durch die Rämmeri-Commission der Regel nach für die Dauer von 5 Jahren, vorbehaltlich der in den §§ 5 und 6 enthaltenen Bestimmungen, nach dem folgenden Grundlagen:

a. Für Grundstücke, welche während des letzten Jahres der laufenden Steuerperiode oder eines Theiles desselben nach dem Ertrahen der Rämmeri-Commission dem Nutzungswert entsprechend vermietet waren, wird bei Festsetzung des jährlichen Nutzungswertes der vereinbarte Mietpreis zu Grunde gelegt. Dem baaren Mietpreis ist dabei alles dasjenige hinzuzurechnen, was der Mieter wegen der erfolgten Vermietung zu liefern oder zu leisten hat, speciell übernommene Steuern, Brandcaffenbeiträge und dergleichen. — Der Werth der nicht in baarem Gelde bestehenden Leistungen wird von der Rämmeri-Commission durch Abschätzung festgestellt. — Doggen wird Vergütung für Wasser, Beleuchtung und ähnliche nicht zur Kaumietung gehörige Leistungen in den steuerpflichtigen Mietwerth nicht eingerechnet.

b. Für Grundstücke oder Theile oder Zubehörungen von Grundstücken, welche während des letzten Jahres nicht oder nur einen Theil der Zeit, oder nach dem Ertrahen der Rämmeri-Commission nicht dem Nutzungswert entsprechend vermietet gewesen, oder welche von den Eigentümern selbst benutzt oder benutzt worden sind, ist der Nutzungswert nach dem Mietwerth gleicher oder ähnlicher Grundstücke festzustellen, wobei die Lage und Beschaffenheit des zu besteuerten Grundstücks, sowie vorhandene Annehmlichkeiten und Nachtheile, welche auf den Nutzungswert desselben von Einfluß sein können, angemessen zu berücksichtigen sind. In Fällen, wo hierdurch ein genügender Anhalt nicht gewährt wird, kann die Commission auch auf den Kaufpreis, das Anlagecapital, oder den Brandcaffenwerth Rücksicht nehmen.

c. Von dem nach den vorgenannten Grundlagen ermittelten Mietwerth resp. Mietwerth ist für Mietheausfälle, theilweises Leerliegen und Unterhaltungskosten von der Rämmeri-Commission je nach der Lage und Beschaffenheit des betreffenden Gebäudes wie nach dem Umfang der vermieteten Wohnungen ein Abzug von 20 bis 25 Procent zu machen.

d. Die im § 3 sub 3 des Okenjener Grundsteuer-Regulativs enthaltenen Bestimmungen, lautend: „Der Nutzungswert der ungebauten Grundstücke wird durch eine abtheilungsweise vorzunehmende Einschätzung derselben nach dem Reinertrage event. unter Berücksichtigung des Pachtvertrages ermittelt“ bleiben aufrecht erhalten.

§ 4. Die Eigentümer oder Nutznießer der betreffenden Grundstücke sind verpflichtet, durch Ausfüllung bezüglich: ihnen zuzustellender Formulare der Commission gewissenhaft anzugeben, zu welchen Preisen sie die Grundstücke vermietet haben, oder, falls sie dieselben selbst benutzen, zu welchem Nutzungswerte sie dieselben veranschlagen. Auf Verlangen der Commission sind derselben die bezüglichen Zeichnungen, Pläne und sonstigen Schriftstücke, welche bei der Abschätzung von Nutzen sein können, vorzulegen. Ebenso sind auch die Mieter verpflichtet, in gleicher Weise über das Mietverhältniß Auskunft zu erteilen, sowie Miethe-Contract und Miethe-Quittungen zu produciren.

§ 5. Wenn nach dem 1. Januar 1873: a) in dem Eigenthumsverhältniß der Gebäude und ungebauten Grundstücke ein Wechsel eintritt, b) bisher steuerpflichtige Gebäude und ungebauten Grundstücke in die Klasse der steuerfreien, oder bisher steuerfreie Gebäude und ungebauten Grundstücke in die Klasse der steuerpflichtigen übergehen, c) Gebäude neu entstehen oder gänzlich eingehen, d) besteuerte Gebäude durch Veränderung in ihrer Substanz, namentlich durch Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerks, durch Anbau oder Abbrechen eines Gebäudetheils, durch Vergrößerung oder durch gänzliche oder theilweise Abtrennung der dazu gehörenden Hofräume und Gärten, an Nutzungswert gewinnen oder verlieren, — so sind die Eigentümer verpflichtet, solche Veränderungen sich schriftlich oder mündlich der Rämmeri-Commission anzuzeigen.

§ 6. Die Besteuerung neuerbauter oder vom Grunde aus wieder aufgebauter Gebäude, sowie die Steuererhöhung in Folge von Verbesserungen der Gebäude beginnt mit dem Ablaufe des Rechnungsjahres, in welchem die Benutzbarkeit oder Nutzbarkeit eingetreten oder die Verbesserung vollendet ist. (§ 26 Abs. 4 des Communalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893.)

§ 7. Im Falle eintretenden Eigenthumswechsels haftet außer dem neuen Eigentümer der bisherige bis zur beschafften Anmeldung für die Entrichtung der Steuer. Im Falle eintretender Steuerbefreiung oder Werthverringerung (§ 5) ist die bisherige Steuer bis zu Anfang des auf die beschaffte Anmeldung folgenden Steuer-Quartals zu entrichten.

§ 8. Von dem in Gemäßheit der vorstehenden Paragraphen ermittelten Nutzungswert derjenigen Gebäude, welche Eigentümern bzw. Nutznießern ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe benutzen (siehe § 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer), ist eine jährliche Steuer von 12%, von demjenigen aller übrigen Grundstücke und Gebäude ist eine solche von 16% in vierteljährlichen Raten pränumerando zu entrichten. Soweit und solange in Gemäßheit der Eingemündungsbeiträge in den Vorworten an Stelle der städtischen Grundsteuer Zuschläge zur städtischen Grundsteuer oder Gebäudesteuer bzw. besondere Procentzölle der städtischen Grundsteuer erhoben werden, wird vom 1. April 1895 ab neben diesen Steuern die bisherige Staats-Grund- und Gebäudesteuer mit 100% weiter erhoben, ausgenommen bei den von Eigentümern oder Nutznießern ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe benutzten Gebäuden.

§ 9. In Bezug auf die Befreiung von Erlegung der Grundsteuer sind die Bestimmungen des § 24 des Communal-Abgabengesetzes vom 14. Juli 1893 maßgebend.

Consigne gemeinnützige Mittheilungen

Tarif für die Gemeinde-Einkommensteuer im Dorort Ovelgönne vom 1. April 1892 bis dahin 1915.

In Folge des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 gemäß § 8 Nr. 2 des Vertrages über die Eingemeindung Ovelgönnes von den hiesigen Collegien zu Altona beschloßen und vom Bezirksauschuß genehmigt.

Stufe	Einkommen		Steuersatz %	Stufe	Einkommen		Steuersatz %
	von mehr als	bis einschl.			von mehr als	bis einschl.	
1	420	660	2.40	23	12000	14400	243.—
2	660	900	4.80	24	14400	16800	291.60
3	900	1050	6.60	25	16800	19200	340.20
4	1050	1200	8.40	26	19200	21600	388.80
5	1200	1350	12.60	27	21600	25200	437.40
6	1350	1500	16.20	23	25200	28800	510.60
7	1500	1650	21.—	29	28800	32400	583.20
8	1650	1800	24.60	30	32400	36000	656.40
9	1800	2100	28.80	31	36000	42000	729.—
10	2100	2400	33.20	32	42000	48000	850.80
11	2400	2700	40.80	38	48000	54000	972.—
12	2700	3000	48.60	34	54000	60000	1093.80
13	3000	3600	61.20	35	60000	72000	1215.—
14	3600	4200	75.20	36	72000	84000	1458.—
15	4200	4800	85.20	37	84000	96000	1701.20
16	4800	5400	97.20	38	96000	108000	1944.—
17	5400	6000	110.40	39	108000	120000	2187.—
18	6000	7200	121.80	40	120000	144000	2430.—
19	7200	8400	145.80	41	144000	168000	2916.—
20	8400	9600	170.40	42	168000	204000	3402.—
21	9600	10800	194.40	43	204000	240000	4181.—
22	10800	12000	219.—	44	240000	300000	4860.—

u. f. w. für jede 60000 M. Einkommen ein Steuerbetrag von 1215 M. mehr. Seit dem 1. April 1895 werden von vorstehenden Sätzen 10% nicht erhoben.

Steuerordnung, betreffend Umsatzsteuer von Immobilien vom 6. März 1901.

In Kraft getreten am 1. Juli 1901. Im Dorort Ovelgönne tritt diese Steuerordnung erst am 1. April 1915 in Kraft.

§ 1. Sämtliche im Stadtgebiet belegene Grundstücke und Gebäude (auch die auf fremdem Grunde errichteten) sind einer Umsatzsteuer von Immobilien derart unterworfen, daß bei jeder Eintragung des Eigentumsüberganges im Grundbuch, mit Ausnahme der in den §§ 2 und 3 genannten Fälle, 1% des Kaufpreises event. des zu ermittelnden Wertes von dem Erwerber des Grundstücks an die Stadtkasse zu entrichten ist. In den steuerpflichtigen Betrag ist der Preis oder Wert von Zuschüßungen des Grundstücks, sowie eines diesem anhaftenden Privilegs oder einer Berechtigung einzurechnen.

§ 2. Die Umsatzsteuer wird nicht erhoben,

1. wenn das Eigentum dem Erwerber von Todeswegen zugefallen ist;
2. wenn der Eigentumsübergang auf Grund einer Veräußerung zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie stattfindet, hinsichtlich desjenigen Anteils an Grundstück, welcher dem Erwerber als legitimer Erbe zuzurechnen ist;
3. wenn der Eigentumsübergang gemäß § 4 e oder gemäß § 5 Abs. 1 b des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 (S. 413) Stempelsteuerfrei ist.

§ 3. Die Umsatzsteuer wird nicht erhoben, wenn das Eigentum durch Zuschlag im Zwangsversteigerungs-Verfahren von einem Gläubiger erworben wird, welcher durch Eintragung im Grundbuch oder Uebertragung gemäß § 1154 des Bürgerlichen Gesetzbuchs seit mindestens 6 Monaten vor Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens Inhaber einer eingetragenen Forderung ist, und diese einschließlich ihrer Zinsen und Kosten bei Belegung der Kaufgelber weder ganz ausfällt, noch auch voll gedeckt wird.

§ 4. Bei Eigentumsübertragungen, die von Miteigentümern oder von Miterben gemeinschaftlich befallener Grundstücke an einen oder mehrere dieser Miteigentümer oder Miterben erfolgen, kommt die Steuer nur insoweit zur Erhebung, als der Erwerber mehr als seinen bisherigen Anteil am Grundstück erhält.

§ 5. Der Magistrat setzt die Steuer nach dem Kaufpreise, oder falls ein solcher nicht zu ermitteln ist, durch Schätzung fest und theilt dem Steuerpflichtigen die Steuerfestsetzung mit.

§ 6. Gegen die Heranziehung zur Steuer steht dem Betroffenen binnen einer präklusivischen Frist von vier Wochen, welche mit dem ersten Tage nach erfolgter Mittheilung (§ 5) läuft, der beim Magistrat einzuliegende Einspruch zu. Ueber den Einspruch beschließt der Magistrat nach Vernehmung des Gutachtens der Kammer-Commission. Gegen den Beschluß des Magistrats steht dem Pflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung des Beschlusses beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren, welche bei dem Bezirks-Ausschuß in Schleswig anzubringen ist, offen.

Sielsteuer.

Die Sielsteuer beträgt für Altona, Ottenjen und Dororte für jeden laufenden Meter Frontlänge an einer Straße jährlich 1 M. 20 S. für solche Sielste, welche nach dem 20. April 1893 dem öffentlichen Betrieb übergeben sind. Die Sielsteuer kann jederzeit durch Zahlung des vollen Sielbaukostenbeitrages — mit 30 M. pro laufenden Meter — abgelöst werden; dagegen muß die Ablösung bei Errichtung eines Neubaus, sowie beim Uebergang eines Grundstücks in andere Hände erfolgen.

§ 10. Für diejenigen Grundstücke, welche während eines vollen Steuer-Quartals vollständig unbenutzt geblieben sind, wird die Steuer für den betreffenden Zeitraum jurildergütet. Die Eigentümer solcher Grundstücke haben vor Beginn des Quartals eine beglückliche, schriftliche Anzeige an die Kammer-Commission zu machen, welche am Anfang und Ende des Quartals die Richtigkeit konstatirt. Die Verrechnung, event. Rückzahlung des Steuerbetrags erfolgt bei Anfang des folgenden Quartals. Die einstufige Zahlung der Steuer muß ungeachtet der gegebenen Anmeldung erfolgen. Ein Grundstück im Sinne dieses Paragraphen ist ein solcher Theil des Grund und Bodens, welcher zu selbständiger wirtschaftlicher Benutzung geeignet und bestimmt ist. Auf die Zahl der vorhandenen Gebäude kommt es dabei nicht an. Ein Wohngrundstück, in welchem, auch wenn es zeitweilig von Menschen nicht bewohnt wird, sich Mobilien, von dem des nur zur Bewahrung angenommenen Einbüters abgesehen, befindet, gilt nicht als unbenutzt im Sinne dieses Paragraphen.

§ 11. Nach gegebener Veranlagung durch die Kammer-Commission erhält der Grundeigentümer oder dessen Vertreter eine schriftliche Aufgabe des zu zahlenden Steuerbetrags, nach deren Beendigung ihm eine Präklusivfrist von 4 Wochen (§ 69 des Kommunalabgabengesetzes) zur Anbringung der Reclamation bei dem Vorstehenden des Magistrats offen steht, welches dem Bescheidigen ausdrücklich zu eröffnen ist. Ueber die Reclamation entscheidet nach Vernehmung des Gutachtens der Kammer-Commission der Magistrat. Gegen die Entscheidung desselben steht dem Reclamanten innerhalb einer Präklusivfrist von 2 Wochen nach dem Empfang der Entscheidung die bei dem Bezirksauschuß in Schleswig anzubringende Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Wieder die erhobene Reclamation noch die Klage einbringen von der vorläufigen Erlegung der veranlagten Steuer.

§ 12. Alljährlich im Monat März läßt der Magistrat unter Berücksichtigung der im Laufe des Rechnungsjahres vorgekommenen Veränderungen (§§ 5 und 6) beziehungsweise auf Grund der neuen Abschätzung (§ 3) die Heberolle für das nächste Rechnungsjahr fertigen, läßt sie nach desfalls erlassener öffentlicher Bekanntmachung während 14 Tagen zur Einsicht offen liegen und erklärt diese demnach für vollstreckbar. Jedem Steuerpflichtigen wird alsdann ein Steuerzettel, in welchem der zu zahlende Steuerbetrag angegeben ist, zugestellt.

Städtische Grundsteuer in den Dororten.

A. Ohlmarfden.

Bis zum 1. April 1940 wird von den landwirtschaftlich benutzten Häusern und Grundstücken im jetzigen Ohlmarfden Bezirk an Stelle der Altonaer Grundsteuer ein Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer von 100% und zu der staatlichen Gebäudesteuer von 110% erhoben.

B. Ovelgönne.

In Stelle der Altonaer Grundsteuer werden bis zum 1. April 1915 als Kommunalsteuer 75% der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer von dem am 1. April 1890 vorhandenen Gebäuden erhoben; den genannten Gebäuden stehen diejenigen gleich, welche an Stelle derselben im gleichen Umfange wieder aufgebaut werden. Bezüglich der mit 2000 M. und darüber zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer eingeschätzten Grundstücke und aller sonstigen Neubauten und Umbauten ist das Altonaer Grundsteuer-Regulativ am 1. April 1890 in Kraft getreten, mit der Maßgabe indessen, daß diese Grundsteuer bis zum 1. April 1915 nur mit 8% des Nutzungswertes der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer erhoben wird. Wenn mehrere Gebäude im Eigentum eines und desselben Eigentümers sich befinden, so wird die Steuer wie bisher von dem Werthe des einzelnen Hauses erhoben.

Tarif für die Gemeinde-Einkommensteuer in Altona.

Nach gültig für den Stadtteil Ottenjen und die Dororte Bahrenfeld und Ohlmarfden.

Stufe	Einkommen		Steuersatz %	Stufe	Einkommen		Steuersatz %
	von mehr als	bis einschl.			von mehr als	bis einschl.	
1	420	660	8.40	23	12000	14400	492.—
2	660	900	12.—	24	14400	16800	576.—
3	900	1050	18.—	25	16800	19200	660.—
4	1050	1200	24.—	26	19200	21600	750.—
5	1200	1350	30.—	27	21600	25200	876.—
6	1350	1500	36.—	28	25200	28800	1008.—
7	1500	1650	42.—	29	28800	32400	1134.—
8	1650	1800	48.—	30	32400	36000	1260.—
9	1800	2100	57.—	31	36000	42000	1470.—
10	2100	2400	66.—	32	42000	48000	1680.—
11	2400	2700	75.—	33	48000	54000	1890.—
12	2700	3000	84.—	34	54000	60000	2100.—
13	3000	3600	102.—	35	60000	72000	2520.—
14	3600	4200	120.—	36	72000	84000	2940.—
15	4200	4800	144.—	37	84000	96000	3360.—
16	4800	5400	168.—	38	96000	108000	3780.—
17	5400	6000	192.—	39	108000	120000	4200.—
18	6000	7200	240.—	40	120000	144000	5040.—
19	7200	8400	282.—	41	144000	168000	5880.—
20	8400	9600	324.—	42	168000	204000	7140.—
21	9600	10800	366.—	43	204000	240000	8400.—
22	10800	12000	408.—	44	240000	300000	10500.—

u. f. w. für jede 60000 M. Einkommen ein Steuerbetrag von 2100 M. mehr. Seit dem 1. April 1895 werden von vorstehenden Sätzen 10% nicht erhoben.

Sonstige gemeinnützige Mitteilungen

Für solche Straßen, welche bereits früher, also vor dem 20. April 1893 mit einem öffentlichen Ziele versehen waren, gelten noch die älteren Bestimmungen, wonach:

- 1. für Altona, alte Stadt an Sieselfeuer für den laufenden Meter Frontlänge 1 M jährlich zu entrichten ist und die Ablösung derselben im Falle der Errichtung eines Neubaus pro Meter mit 21 M, abzüglich der schon geleisteten jährlichen Abträge, zu erfolgen hat;
2. für den Stadtteil Ottensen für den laufenden Meter Frontlänge 1 M 5 J jährlich. Der Sieselbaukostenbeitrag beträgt pro Meter 21 M. Die Ablösung kann durch Zahlung von 21 M pro laufenden Meter jederzeit, dagegen muß dieselbe beim Verkauf sowie bei Bebauung eines Grundstücks erfolgen.

Steuerordnung, betr. die Erhebung städtischer Langabgaben in Altona.

(Gültig seit dem 1. Janr. 1888; abgeändert durch Collegienbeschluß vom 27. Novbr. 1902.)

Für die Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten und Maskeraden sind folgende städtische Abgaben zu zahlen:

- 1. Für jede öffentliche Tanzlustbarkeit ist eine Abgabe von 6 bis 20 M, für eine öffentliche Maskerade oder für einen öffentlichen kostümierten Ball eine solche von 24 bis 50 M von dem veranstaltenden Wirtbe zu entrichten. Innerhalb der angegebenen Grenzen wird der Betrag der zu zahlenden Abgabe im einzelnen Falle mit Rücksicht auf den Charakter des Locales und die Dauer der Tanzlustbarkeit von dem Magistrat bzw. einem von demselben zu ernennenden Commissar festgelegt. Für einfache Tanzlustbarkeiten ist der höchste Abgabebetrag von 20 M nur bei Dauer derselben über 1 Uhr Nachts zu entrichten.
2. Dieser Abgabe unterliegen auch Tanzveranstaltungen, Maskeraden, kostümierte Bälle, welche von Gesellschaften, Vereinen und Clubs jeder Art oder von Privatpersonen in öffentlichen Localen veranstaltet werden. Unter öffentlichen Localen sind auch diejenigen Vereinslocale mit inbegriffen, welche nicht ausschließlich zum Gebrauche für Mitglieder dienen.
3. Die Unternehmer (Wirtbe, Vereinsvorstände, Privatpersonen u.) sowie diejenigen Personen, welche ihre Localen zur Abhaltung der abgabepflichtigen Lustbarkeiten einräumen, haben dieselben spätestens Tags zuvor dem Magistrat bzw. dem von ihm bestellten Commissar unter Angabe der Dauer und des Locales anzuzeigen. Dieselben Personen haften solidarisch für die richtige Zahlung der festgesetzten Abgaben.
4. Für Tanzveranstaltungen u. zu wohlthätigen oder sonstigen gemeinnützigen Zwecken kann die Abgabe vom Magistrat ganz oder theilweise zurückbewilligt werden.
5. Wer die nach der Bestimmung unter 3. ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig beschafft, wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 M bestraft.

Hundsteuer-Ordnung der Stadt Altona.

(Beschl. von den städtischen Collegien zu Altona am 30. Januar und 22. Februar 1902. Genehmigt vom Bezirksausschuß zu Schleswig am 1. April 1902. Gültig seit 21. März 1902.)

§ 1. Alle Hunde, welche im Gemeindebezirk der Stadt Altona gehalten werden und ein Alter von 3 Monaten erreicht haben, sind mit dem in § 2 bezeichneten Ausnahmen der Hundsteuer unterworfen.

Die Hundsteuer ist von dem Besitzer oder derjenigen Person, in deren Verwahrung sich der Hund befindet, zu entrichten.

§ 2. Von der Hundsteuer befreit sind: 1. Hunde, welche an Bord von See- und Flußschiffen gehalten werden; 2. Hunde tauber oder blinder Personen, welche denselben zu ihrer Unterflügung nach dem Ermessen des Magistrats unentbehrlich sind; 3. Hunde, welche in einem die Freiheit des Hundes völlig ausschließenden Hundezwinger gehalten werden; 4. Hunde, welche dauernd auf eingezäunten Grundstücken, zu deren Bewachung sie nach dem Ermessen des Magistrats unentbehrlich sind, gehalten werden und keinen öffentlichen Grund betreten; 5. dressirte Hunde, die von den Unternehmern gewerbsmäßiger Schaustellung nur zu letzterer gebraucht werden.

- § 3. Die Hundsteuer beträgt:
a. für einen Hund bis zu 45 cm Schulterhöhe 20 M
und wenn entweder derselbe Besitzer mehrere Hunde hält oder wenn in demselben Haushalt mehrere Hunde, von denen keiner über 45 cm Schulterhöhe groß ist, gehalten werden, für jeden Hund 30
b. für einen Hund über 45 cm Schulterhöhe 40
und wenn entweder derselbe Besitzer mehrere Hunde hält oder wenn in demselben Haushalt mehrere Hunde gehalten werden, von denen einer oder mehrere über 45 cm Schulterhöhe groß sind, für jeden Hund 50
c. für Hunde, welche in Gewerbebetrieben als Zugthiere dienen 3
Wenn Zughunde außer der Zeit ihrer Verwendung als Zugthiere frei auf öffentlichen Grunde betreten werden, unterliegen sie den Steuerföhen unter a und b, falls nicht der Besitzer seinerseits nachweist, daß ohne seine Schuld der Hund auf die Straße gekommen ist.

§ 4. Die Hundsteuer wird für jedes Kalenderjahr erhoben. Dieselbe ist für die zu Beginn des Jahres gehaltenen Hunde im Laufe des Monats Januar jeden Jahres und für die im Laufe des Jahres angeschafften, eingeföhrten bzw. 3 Monate alt gewordenen Hunde innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach Erlangung, Einföhrung des Hundes bzw. Eintritt der Steuerpflichtigkeit gegen Empfangnahme einer Quittung und eines für das betreffende Jahr gültigen Steuerzeichens für das ganze Jahr im Voraus auf der Steuercaße zu entrichten. Zugelaufene Hunde müssen innerhalb 8 Tagen entweder zur Ablieferung bei der Steuercaße angemeldet oder versteuert werden.

§ 5. Tritt ein Hund im Laufe des Jahres in die Bedingungen einer anderen Steuerclaße ein bzw. fallen die Voraussetzungen, unter welchen Steuerfreiheit gewöhrt wird, fort, so ist die Steuer bzw. der Mehrbetrag an Steuer innerhalb einer Frist von 8 Tagen nachzuzahlen. Im entgegengelegten Falle findet dagegen eine Rückzahlung nicht statt.

Für im Laufe des Jahres geföhrte, abgeöschaffte oder ausgeföhrte Hunde findet eine Rückzahlung der Steuer ebenfalls nicht statt.

§ 6. Für ein verloren gegangenes Zeichen wird, nachdem die Erlegung der Steuer nachgewiesen worden, auf der Steuercaße ein neues Zeichen gegen Entrichtung einer Gebühr von 20 J erteilt.

§ 7. Bei der vom Magistrat angeordneten allgemeinen Aufnahme der Hunde ist jeder Haushaltungsvorhand verpflichtet, die über Anzahl, Größe und Alter, sowie Nummer des Steuerzeichens der Hunde geföhrten Fragen nach bestem Wissen zu beantworten.

Im Laufe des Jahres angeschaffte, eingeföhrte oder steuerpflichtig gewordene Hunde sind innerhalb einer Frist von 8 Tagen abseiten des Hundebesizers auf der Steuercaße zu melden (str. § 4).

Wer für einen Hund die Steuerfreiheit beanprucht, hat für bisher steuerfreie Hunde in der Zeit vom 1. bis 15. Januar jeden Jahres, für neu angeschaffte, eingeföhrte Hunde innerhalb einer Frist von 8 Tagen ein steuerfreies Zeichen auf der Steuercaße nachzuzahlen.

§ 8. Jede Zunderhandlung gegen die Bestimmungen dieser Steuerordnung wird mit einer Ordnungsstrafe bis 30 M bestraft.

Im Falle der Verheimlichung eines steuerpflichtigen Hundes wird außerdem die Steuer auf die Frist von 3 Jahren nachgeföbrt.

§ 9. Einsprüche gegen die Heranziehung zur Hundsteuer sind binnen vier Wochen, von Einföhrung der Steuer ab gerechnet, beim Magistrat anzubringen, welcher darüber beschließt. Gegen den Beschluß des Magistrats findet innerhalb 2 Wochen die bei dem Bezirksausschuße in Schleswig anzubringende Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Gebühren, welche bei der Communal-Verwaltung in Altona zu erheben sind:

- 1. Für die Ertheilung von Abschriften à Bogen 30 J. 2. Für Ertheilung eines Reisepasses, die in der Bekanntmachung vom 11. Mai 1868 (Verordnungsblatt S. 731) vorgeschriebenen Gebühren von resp. 1 M 25 J und 2 M 50 J. 3. Paßkarte 2 M 50 J. 4. Jahres-Jagdöchein 15 M, Tages-Jagdöchein 3 M; für Ausöberdeutsche, welche in Preußn einen Wohnsitz oder Grundbesitz haben, 40 M bzw. 6 M. Doppel-Ausfertigung 1 M. 5. Für die Beaufsichtigung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit, wenn die Beaufsichtigung von dem Wirtbe beantragt ist, 1 M 80 J bis 3 M. 6. Für die Beaufsichtigung eines öffentlichen Schauspieles, wenn dieselbe von dem Wirtbe oder dem Unternehmer beantragt ist, 1 M 20 J event. 2 M bei besonders langer Dauer der Vorstellung. 7. Für die Ueberwachung eines Pulvertransports 90 J. 8. Für die Ablieferung eines Arrestanten an ein im hiesigen Hafen liegendes Schiff 60 J und 1 M 20 J an ein im Hamburger Hafen liegendes Schiff. 9. Für die Anhaltung einer auf der Elbe treibenden Jolle 1 M 80 J, desgl. eines größeren Fahrzeuges 3 M 60 J; ist die Anhaltung unter besonders beschwerlichen oder geföhrlichen Umständen erfolgt, so kann die Anhaltungsgeböhr von dem Polizei-Verwalter erhöht werden. 10. Für Haltung einer Wache auf einem Schiffe beim Ausräuchern der Ratten 7 M 20 J. 11. Für Haltung einer Wache auf einem mit Petroleum beladenen Schiffe, für den Zeitraum von 12 Stunden 1 M 50 J, von 24 Stunden 3 M. 12. Für Ertheilung eines Attestes, sofern ein solches im Privatinteresse verlangt wird, 90 J.

Erläuterungen für Standesamts-Anmeldungen.

Jeder auf dem Standesamt zur Beschaffung einer Anzeige Erscheneinde hat sich dem Gesetze gemäß persönlich zu legitimiren, und ist es im Hinblick auf die Wichtigkeit einer richtigen Feststellung des Personenstandes äußerlich wünschenswerth, daß a) bei Geburtsfällen der Frau oder die Geburtsöchein der Eltern des Kindes, b) bei Sterbefällen neben der ärztlichen Todesbescheinigung der Geburtsöchein der verstorbenen Person, sowie wenn dieselbe verheiratet war, der Geburtsöchein des letzten Ehegatten und wenn ein Trausöchein vorhanden, auch dieser mit vorgelegt werden. Ferner muß der Angezeinde bei Anmeldung verstorbenen Kinder sowie ermachener, unverheirateter Personen angeben, an welchen Daten und in welchem Jahre die Eltern des Kindes verheiratet, und falls der Vater oder Mutter nicht mehr am Leben, wann verstorben sind, sowie den Vornamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der noch vorhandenen Geschwister des verstorbenen Kindes. Bei Anmeldung verheirateter Personen ist anzugeben das Datum der Verheiratung, sollte ein Ehegatte bereits verstorben sein, dessen Sterbedatum, sowie Vornamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der in der Ehe etwa erzeugten Kinder und ob ein Töhament vorhanden ist oder nicht; c) vor dem Aufgebot sind folgende Urkunden in beglaubigter Form beizubringen. 1. Die Geburtsurkunde der Verlobten, 2. Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit (Paß, Heimathöchein, Naturalisationsurkunde u. j. m.), 3. Nachweis ihres jetzigen und früheren Wohnsitzes in den letzten sechs Monaten und ihres jetzigen gewöhnlichen Aufenthalt. 4. Nachweis der Zustimmung des nicht erscheneinden Verlobten. — Zwischen dem Tage des Aufgebots des Aufgebots und der Abnahme müssen 14 volle Kalendertage liegen, so daß ein am 1. ausgehängtes Aufgebot am 16. abgenommen wird. Es liegt im Interesse der Verlobten, das Aufgebot möglichst frühzeitig zu bestellen. Dies kann schon 6 Monate vor der Eheschließung geschehen.

Bestimmungen über die Benutzung der Leichenhalle in der Weidenstraße.

(Bekanntmachung der Krankenhaus-Commission vom 19. Januar 1904.)

Leichen, welche auf Wunsch von Privatpersonen in der Leichenhalle bis zur Beerdigung Aufnahme finden sollen, sind durch Vorzeigung der ärztlichen Todesbescheinigung oder der vom Kirchenbureau ausgestellten Begräbnisökarte im Bureau des Krankenhauses anzumelden, unter Angabe der Vor- und Familiennamen der verstorbenen Personen, der Straße und Hausnummer,

woh
som
Die
mit
rau
aus
die
hau
verf

Mit
beal
burt
die
fall
eine
Bee
bei
geb
—
bis
jeit
nach
daß
eine
glo
Bee
ber

Sen

I

II
IV

find
—
bef
vor
zu
aus
den
frei
hau
zu

1
2
3

woher die Leiche kommt, des Namens und der Wohnung des Einbringers sowie des Tages und der Stunde, wann die Beerdigung genähert wird. Die Beerdigungszeit wird unter Berücksichtigung der vorliegenden Anmeldungen mit der Maßgabe festgelegt, daß für jede Beerdigung mindestens ein Zeitraum von 1/2 Stunde bleibt. Der über die Anmeldung und Beerdigungszeit ausgestellte Schein ist an den Leichenhauspfortner bei der Einlieferung abzugeben und hat die Einbringung von der Weidenstraße aus zu geschehen. Kosten für die Aufbahrung der Leiche in der Leichenhalle werden von der Krankenhaushausverwaltung nicht erhoben. Wegen der Beerdigung von im Krankenhaus verstorbenen Personen hat vorstehende Bestimmung gleichfalls Gültigkeit.

Begräbnis-Ordnung für die Kirchhöfe der drei evang.-luth. Gemeinden zu Altona vom 6. Januar 1888. (Auszug aus derselben).

§ 8. Anmeldung bei Beerdigungen. Die Begräbnisse, welche auf den Altonaer Friedhöfen stattfinden sollen, sind spätestens einen Tag vor der beabsichtigten Beerdigung und zwar bis 11 Uhr Morgens, auf dem Kirchenbureau (Bei der Hauptkirche Nr. 1) anzumelden. Bei der Anmeldung ist die Bescheinigung über Aufnahme der Sterbeurkunde vom Standesamt oder, falls diese aus besonderen Gründen nicht rechtzeitig beschafft werden kann, eine ausdrückliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde zur Vornahme der Beerdigung einzureichen. Der Anmeldende erhält eine Grabanweisung, welche bei der Ankunft der Leiche auf dem Friedhofe an den Totengräber abzugeben ist. — Die Zeit der Beerdigung ist für sogenannte Morgenleichen von 9—12 Uhr Morgens, für sogenannte Nachmittagsleichen von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends resp. bis Dunkelwerden. Die Verteilung der Beerdigungszeiten auf die verschiedenen Beattungsfälle geschieht auf dem Kirchenbureau nach Anleitung einer von dem Bureauvorsteher zu führenden Liste beresult, daß den Anmeldenden unter den noch offenen Zeitabschnitten, welche mindestens eine Stunde umfassen müssen, die freie Wahl bleibt. Das Klären der Kirchenkloden bei Beerdigungen ist auf dem Kirchenbureau zu beantragen; soll bei einer Beerdigung die Kapelle benutzt werden, so bedarf es ebenfalls einer vorherigen Anmeldung auf dem Kirchenbureau.

Gebühren für Beerdigungen auf den Kirchhöfen der drei evang.-luth. Gemeinden in Altona. Die an die Kirche zu zahlenden Gebühren betragen:

- I. Für Beerdigungen bis 12 Uhr Mittags. M. 30.—
II. Für Beerdigungen von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends resp. bis Dunkelwerden:

- 1. Für Beerdigungen Erwachsener,
a. in eigenen Gräbern " 15.—
b. in gemeinsamen Gräbern " 9.50
2. Für Beerdigungen von Kindern bis zum vollendeten 14. Jahre (auch todgeborener)
a. in eigenen Gräbern " 6.50
b. in gemeinsamen Gräbern " 3.30
3. Für Beerdigungen für Rechnung des h. d. Armenwesens —60
III. Für das Säulen der Kirchengloden " 20.—
IV. Für Benutzung der Kapelle " 1.—

Für Beerdigungen von Kindern, welche bis 12 Uhr Mittags stattfinden, sind dieselben Gebühren zu bezahlen, wie für die Beerdigungen Erwachsener. — Falls gesundheitspolizeiliche Gründe laut Bescheinigung eines Arztes eine beschleunigte Beerdigung notwendig machen, so ist für diese, auch wenn sie vor 12 Uhr besorgt wird, die Gebühr nach den Bestimmungen unter II. zu bezahlen. Auch bei der Beerdigung von Leichen, welche von hier nach auswärts gelegenen Kirchhöfen geführt werden, sind die hierfür zu errichtenden Gebühren nach den unter II. bestimmten Sätzen zu berechnen. — Für fremde Verhörbene, die in Altona während eines Besuchs oder im Krankenhaus mit Tode abgehen und auswärts beerdigt werden, sind keine Gebühren zu bezahlen.

Rehrbezirke für die Schornsteinfeger.

- Seit dem 1. Mai 1904 ist die Stadt Altona in 10 Rehrbezirke eingeteilt:
1. Rehrbezirk: 1., 2., 3. und 7. Stadtbezirk, Schornsteinfeger A. Söll, Köperst. 9
2. " 4., 5., 6. und 17. Stadtbezirk, Schornsteinfeger O. W. Burmeister, Bei der Friedensstraße 2
3. " 11. und 12. Stadtbezirk, Schornsteinfeger C. Rähler, Adolphst. 63
4. " 14., 18 h und 19. Stadtbezirk, Schornsteinfeger F. Streich, Bei der Johannisstraße 14
5. " 8., 9., 10. und 15. Stadtbezirk, Schornsteinfeger W. H. Schmidt, gr. Bergst. 136a
6. " 21., 22., 24. Stadtbezirk und die Stadtteile Develgänne und Ohmarnschen, Schornsteinfeger C. v. Hein, Fischer's Allee 20
7. " 25. und 26. Stadtbezirk sowie Wahrenfeld, Schornsteinfeger J. H. Gehardt, Treskow-Allee 12
8. " 13. und 20. Stadtbezirk, Schornsteinfeger C. A. Hühn, Eimsbüttelerstraße 47
9. " 16. und 18 a Stadtbezirk, Schornsteinfeger Joß. Harnissen, Steinfl. 85
10. " 23. Stadtbezirk, Schornsteinfeger L. Gaatz, Treskow-Allee 6

Beschwerden gegen die Bezirksmeister oder deren Gehilfen sind bei dem Branddirector anzubringen.

Gebühren-Ordnung für die Bezirks-Schornsteinfeger im Stadtkreise Altona.

Laut Bekanntmachung des Polizeiamts v. 4. August 1900 beträgt die Gebühr:

- 1) für das Reinigen eines nicht befeigbaren Schornsteins oder Juges a) in einem einständigen Gebäude, oder wenn derselbe durch ein Stodwerk geht 25 S

- b) wenn derselbe durch zwei Stodwerke geht 25 S
c) wenn er durch drei oder mehr Stodwerke geht 35 S

- 2) für das Reinigen eines befeigbaren Schornsteins
a) wenn er durch ein Stodwerk geht 30 S
b) wenn er durch zwei Stodwerke geht 45 S
c) wenn er durch drei Stodwerke geht 60 S
d) wenn er durch vier oder mehr Stodwerke geht 75 S

Keller und Dachflöhe werden nur in dem Falle als Stodwerke gerechnet, wenn sich dabelst mit dem Schornsteine in Verbindung stehende Feuerstellen (Kochherde, Defen pp.) befinden und diese wirklich benutzt werden.

- 3) für die Reinigung von Fabrifchornsteinen
a) bei einer Höhe von 12 Metern — M. 90 S
b) bei einer Höhe von 14 Metern 1 " 20 "
c) bei einer Höhe von über 14 Metern 1 " 50 "

- In den ländlich gebauten Häusern für das Reinigen eines Schornsteins
a) bei einer Höhe bis 6 Meter 40 S
b) bei einer Höhe von 6—7 Metern 40 S
c) bei einer Höhe von 7—8 Metern 50 S
d) bei einer Höhe von über 8 Metern 60 S

Die Höhe der befeigbaren Schornsteine wird von der Oberfläche des Herdes ab gemessen. Für die besondere Reinigung der kurzen Rauchgüge, welche dazu bestimmt sind, den Rauch aus geschlossenen Feuerherden in befeigbare Schornsteine zu führen, wird eine Gebühr von je 10 Pf. für die Reinigung größerer Schornbögen 50 Pf., kleiner 30 Pf. erhoben. Für die Reinigung der gewerblichen Räucher-, Trodenstän und Darren ist eine Gebühr von 15 Pf. für das qm zu entrichten. Für das Ausbrennen eines Schornsteins einschließlich der Reinigung beträgt die Gebühr 1 M. 50 S., und falls die Anziehung mehrerer Personen erforderlich ist, 3 M.; für jeden weiteren gleichzeitig in demselben Hause auszubrennenden Schornstein 1 bezw. 2 M. Das Brennmaterial hat der Hausbesitzer zu liefern. Für die Prüfung der Schornsteinanlagen in Neu- und Umbauten sind die Reinigungsgebühren zu zahlen. Für Arbeiten, welche an Sonn- und Festtagen verlangt werden, kann doppelte Tage berechnet werden. Die Gebühren unterliegen im Nichtzahlungsfalle der Beitreibung im Verwaltungsbereich.

Altona-Ottenseher Laternen-Kalender.

Table with columns for months (Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli) and days, listing sunset (Abends) and sunrise (Morgens) times.

Das Auslösen der Laternen A. beginnt um 11 Uhr 45 Min. Nachts.

Mietpreis für Gasmesser aller Größen: Im Voraus halbjährl. 1 M.

Mietpreise für Wassermesser, halbjährlich im Voraus zahlbar:

Table showing rental prices for water meters of different sizes (Größe) and monthly rental (halbj. Miethe).

Reichstempelabgabe.

(Einige der wesentlichsten Bestimmungen des Reichstempel-Gesetzes vom 14. Juni 1900 R. G. Bl. S. 275.)

- 1. a. Inländische Aktien und Aktienantheilscheine, sowie bezügl. Interimsscheine, 2%o.
b. Ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, 2 1/2 %o.
2. a. Inländische für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen, sofern sie nicht unter Nr. 3 fallen, 6 vom Tausend.
b. Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Eisenbahngesellschaften zc., 6 vom Tausend.
c. Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Corporationen Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, sofern sie nicht unter 2 b fallen, 1%o.
Befreit sind: 1. Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten; 2. die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.
3. Inländische auf den Inhaber lautende Renten- und Schuldverschreibungen der Communalverbände und Communen, der Corporationen ländlicher und städtischer Grundbesitzer, der Grundbesitzer- und Hypothekendarbanken oder der Transport-Gesellschaften, 2 vom Tausend.

Sonstige gemeinnützige Mitteilungen

4. Kauf- und sonstige Ankaufsgeschäfte über:
a. Werthpapiere
b. Antheile
c. sonstige Werthpapiere
d. Waaren

Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Umlauf für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden, und bei Waaren, in denen der Börsenterminhandel unterlag ist (§ 50, Abs. 1 u. 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896), diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Zeitgeschäfte notirt werden.

Anmerkung. Contantgeschäfte über ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Wechsel, sowie über ungenutztes Gold oder Silber sind stempelfrei.

5. Lotteriekasse, sowie Ausweise über Spiel-Einlagen bei öffentlich veranstalteten Ausstellungen von Geld oder anderen Gewinnen, a) inländische 20, b) ausländische 25 vom Hundert. Dahin gehören auch Wett-Einlagen bei öffentlichen Wettrennen und ähnlichen Veranstaltungen.

6. Schiffsfrachtkunden, Connossemente und Frachtbrieft in Schiffsverkehre zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen oder zwischen inländischen Fluhäfen und ausländischen Seehäfen, sofern sie im Inlande ausgehellt, vorgelegt oder ausgehändigt werden: 1. M. Im Verkehre zwischen inländischen Hafenplätzen und ausländischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Canals oder der norwegischen Küste ausgehellt, vorgelegt oder ausgehändigt Connossemente und Frachtbrieft: 10 S. von der einzelnen Urkunde. Die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten.

Beit: Wegen Abstempelung der Werthpapiere 1, 2, 3 und der Loose Nr. 5, sowie wegen Ankauf von Stempelmarken resp. gestempelten Formularen zu Schlussnoten, Connossementen und Frachtbriefen wende man sich an ein Hgl. Haupt-Post- resp. Steuer-Amt.

Deutscher Wechselstempel.

Es beträgt der Wechselstempel auf Beträge bis incl. 200 M. M. - 10 S. über 200-400 M. M. - 20 S. über 400-600 M. M. - 30 S. über 600-800 M. M. - 40 S. über 800-1000 M. M. - 50 S. über 1000-2000 M. M. - 1.00 M. u. f. w. von jedem angefangenen 1000 M. je 50 S. mehr.

Preussische Stempelsteuer.

(Einige der wesentlichsten Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1896, welche mit dem 1. April 1896 in Kraft getreten sind.)

Alle Verhandlungen u. über Gegenstände, deren Werth nach Geld geschätzt werden kann, sind stempelfrei, wenn dieser Werth 150 M. nicht übersteigt.

Alle stempelpflichtigen Verhandlungen müssen, wenn sie nicht auf dem erforderlichen Stempelpapier geschlossen worden, längstens binnen 14 Tagen, vom Tage der Ausstellung an, nachträglich mit dem erforderlichen Stempel versehen werden. Gesehieht dies nicht, so ist nicht nur der tarifmäßige Stempel unverzüglich nachzubringen, sondern es tritt auch außerdem die ordentliche Stempelstrafe ein, welche in Entrichtung des vierfachen Betrages des nachzubringenden Stempels, mindestens 3 M. besteht.

Die Nachbringung des Stempels und Entrichtung der ordentlichen Stempelstrafe kann gegen jeden Inhaber oder Vorzeiger einer Verhandlung oder Urkunde, der ein rechtliches Interesse an dem Gegenstande derselben hat, verfolgt werden, es behält derselbe indessen seinen Regress deshalb an den eigentlichen Contrahenten. Der eigentliche Contrahent ist bei einseitigen Verträgen, Verpflichtungen und Erklärungen der Aussteller. Bei mehrseitigen Verträgen sind es alle Theilnehmer und jeder derselben besonders, wenn die ganze Stempelstrafe verfallen.

Die wesentlichsten Positionen des Stempeltarifs sind:
Abschriften, beglaubigte 1.50 M.
Abtretung von Rechten, 1/100%, mindestens 1.-
Astermieß- oder Asterpachtverträge, siehe Pachtverträge.
Annahme an Pfandrecht, Verträge darüber 5 M. bzw. 50.-
Auflassungen von Grundstücken, vom Werthe des veräußerten Gegenstandes 1/100%
Auktionen über bewegliche Sachen 1/100%
Ausfertigungen 1.50 M.
Auszüge aus Acten und öffentlichen Verhandlungen 1.50
Bestallungen für bediente Beamte 1.50
Bürgschaften, siehe Sicherstellung von Rechten.
Ersionen, siehe Abtretung von Rechten.
Duplicate von stempelpflichtigen Urkunden, wie diese, höchstens 1.50
Eheverträge 1.50
Eheverträge, bis 6000 M. 1.50 M. sonst 5.-
Entlassung aus väterlicher Gewalt 10.-
Erbreife über erblich steuerfreie Erbschaft 1.50
" über erblich steuerpflichtige Erbschaft 1/25%, mindestens 1.50
Erbverträge 1.50
Erlaubnißerteilungen (Approbationen, Concessionen, Genehmigungen u. der Behörden in gewerbepolizeilichen Angelegenheiten) je nach Art und Umfang des Unternehmens.

Familien- Stiftungen 3/100%
Eidgenössische Verträge 1.50 M. bis 1.- M.
Gewerbe- Legitimationskarten 1.- M.
Inventarien, wenn sie bei stempelpflichtigen Urkunden gebraucht werden 1.50
Kauf- und Tauschverträge und andere lästige Verträge über:
inländische unbewegliche Sachen 1/100%
ausländische unbewegliche Sachen 1.50 M.
andere Gegenstände aller Art 1/100%
Kauf- und Tausch-Verhandlungen zwischen Theilnehmern an einer Erbschaft 1.50 M.

Befreit sind:
a. Ueberlassungen von Ascendenten an Descendenten;
b. Kauf- und Lieferungsverträge über Mengen von Sachen oder Waaren zum Verbrauch im Gewerbe oder zur Wiederveräußerung oder welche im Inlande im Betriebe eines der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind.

Leibrenten- und Rentenverträge 1/100%
Erforderungsverträge, siehe Kaufverträge.
Fufbacher, Genehmigungen dazu 50 S. oder 1.50 M.
Makler, Anstellung verordneter, 25.-
Mietverträge, siehe Pachtverträge.
Namensänderung, Genehmigung dazu 5 oder 30.- M.
Naturalisationsurkunden 5 oder 50.-
Notariatsurkunden, nach Inhalt der Urkunde, mindestens 1.50
Pacht- und Mietverträge (Ueber ausländische Grundstücke 1.50 M.)
Pässe, 1.50 M. für Lohnarbeiter u. 50 S.
Leihpässe 1.50 M. oder
Polizeistunde, Genehmigung der Verlängerung 1.-
Protokolle, Wechselprotokolle 1.50
Protokolle, nach Inhalt des beurkundeten Geschäfts, mindestens
Punktionen, wie Verträge selbst.
Sicherungen unter Lebenden, wie Erbschaften.
Schiedsprüche 1/100%, mindestens 2 M., höchstens 100.-
Schuldverreibungen 1/100%, über Darlehen, welche innerhalb Jahresfrist od. in kürzerer Zeit zurückzugeben sind, 1/100%.
Verlängerungen 1/100%, zusammen höchstens 1/100%

Sicherstellung von Rechten: Bis 600 M. 0.50 M.
" 1200 " 1.-
" 10000 " 1.50
" bei einem höheren Betrage 5.-
Standeserhöhungen und Gnadenbewill. landesherrliche, 800 bis 6000 -
Strafgebühren der Finanzbehörden, bei einem Object von mehr dem 15 M. 1.50
Tauschverträge, s. Kaufverträge.
Taxen Grundstücken, i. Privatinteresse und Aufficht einer Behörde
Ersamkeit, s. Verfügung von Todes wegen.
Verfügungen von Todes wegen aller Art 1.50
Verträge, nach Inhalt des Rechtsgeschäfts, mindestens 1.50
Verleihung des Bergwerkseigentums 50.-
Versicherungsverträge, Polizen:

a. Lebens-, Aussteuer-, Militärdienst-, Altersversorgung, 1/100% der versicherten Summe. Bei Rentenversicherungen wird der Kaufpreis als Versicherungssumme angesehen.
b. Unfall- und Haftversicherungen 1/2% der Prämien.
c. Versicherungen gegen andere Gefahren für jedes Jahr der Versicherungsdauer 1/1000%, abgerundet 10 S. für je 10000 M.

Befreit sind zu a und c:
Versicherungen von 3000 M. und weniger;
Befreit sind zu b:
Versicherungen, bei denen die verabredeten Jahresprämien den Betrag von 40 M. nicht übersteigen.
Verträge, wenn keine andere Tarifstelle zur Anwendung kommt,
Variationen der Lehrer und Geistlichen, wie Befallungen.

Vollmachten: Bis 500 M. incl. 0.50
" 1000 " 1.-
" 3000 " 1.50
" 6000 " 3.-
" 10000 " 5.-
" 15000 " 7.50
" bei einem höheren Betrage 10.-
Bei Proceßvollmachten treten an Stelle der vier letzten Steuerätze 2, 3, 4, 5 M.
Generalvollmachten, bei einem Object von mehr als 50000 M. 20.- M.
Vollmachten für Bedienstete 1.50
Vorrechtserteilungen 1.50
Verwerdungsverträge, wie Lieferungsverträge,
Handelt es sich um eine nicht bewegliche Sache, so können für Lieferung und Arbeit getrennte Preise angegeben werden.
Zeugnisse, amtliche, in Privatsachen 1.50 M.

(Aufgebots-, Kauf- u. Scheine, Führungszeugnisse, sowie die für das Grundbuch erforderlichen Beglaubigungen von Unterschriften sind stempelfrei.
Führungszeugnisse behufs Erlangung einer Erlaubnißerteilung oder Genehmigung einer „Aufsicht“ sind stempelpflichtig.)

stetig
auf
ab
mel
zeit
der
vor
der
Geh
niff
fer

PLASTIC COVERED DOCUMENT

Consigne gemeinnützige Mittheilungen

Quaderberg 1, Quastl. 1.
Nabenst., gr. u. H. 8, Raboisen 3, Radertwiete 8, Verlängerte Radertwiete 11,
gr. Rainst. 9, H. Rainst. 9, Rainville Terrasse 1, Rainweg 9, Rath-
hausmarkt 3, Reichst. 4, Bei der Reichbahn 8, Reventlow-Platz 2,
Reventlowst. 10, Rodenhof 5, Röperst. 1, Bei der Rolandsmühle 8,
Rolandst. 5, Roonst. 8, Roonen's Weg 10, gr. und H. Roonenst. 4,
Roonentwiete 4, Rotengang 1, Rothst. 8.
Sandberg 1, Sandtwiete 10, Scharzenst. 2, Scharnhorstst. 10, Schauenburger-
straße 6, Scheel-Wiesent. 8, Schillerst. 5, Schlichterbuden 3, Schleswiger-
straße 11, Schloßgang 1, Schmidt's Passage 5, gr. Schmiebeckst. 3,
H. Schmiebeckst. 3, Schmutz's Passage 4, Schuberst. 10, Schützenst. 8,
Schulnecht's Wohnungen 4, Schulberg 1, Schulst. 9, Schulterblatt 115
bis 149, 7. Bezirk, Schulterblatt 1-113, 2-36: 2. Bezirk, Schumacherst. 6,
Schumannst. 10, Schwarzenkamp 10, Sedanst. 7, Seefermannst. 1,
Siemannst. 10, van der Smitten's Allee 1, Sommerbudenst. 7, Sonber-
burgplatz 11, Sonderburgst. 11, Sonninst. 5, Am Sood 8, Sophienst. 1,
Statthalter-Platz 10, Steinst. 6, Steintreppe 1, Stephans-Platz 5,
Sternst. 8, Stiffst. 2, Stormst. 9, Straußst. 10, Stuhlmann's Platz 6,
Stuhlmannst. 6.
Lannst. v. d. 8, Laubent. 8, Am Leich 10, Leichst. 5, Thedorst. 10,
Töpfer's Gang 3, Tresdow-Allee 8, Tresdow-Platz 8, Turnst. 5.
Nimert. 10, Ungerst. 6.
Bereins-Passage 7, Victoriastr. 9, Viehoffst. 9, Wäckerst. 8, Vossenst. 1.
Wagnerst. 10, Weidmannst. 11, Walberbeckst. 10, Waterlooohain 7, Waterloo-
straße 7, Weidenst. 6, Wernicke's Passage 6, gr. u. H. Westert. 5, Wieland-
straße 7, gr. Wilhelmienst. 3, Wilhelmst. 9, Winckler's Platz 2,
Winterst. 5, Wolters Allee 2, Wrangelst. 10.
Zeilst. 9, Zielent. 10.
Landbezirk: Langensfelde, Stellingen, Eidelstedt, Niendorf, Lohstedt 11. Bezirk.

Verpflichtige Bestimmungen über Räumigungen.

Räumigung von Dienstverhältnissen. Das Dienstverhältnis endigt
mit dem Ablauf der Zeit, für die es eingegangen ist. Ist die Dauer des
Dienstverhältnisses weder bestimmt noch aus der Beschaffenheit oder dem
Zweck der Dienste zu entnehmen, so kann jeder Theil das Dienstverhältnis
nach Maßgabe folgender Bestimmungen kündigen:

Ist die Vergütung nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an
jedem Tage für den folgenden Tag zulässig. Ist die Vergütung nach
Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalender-
woche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen.
Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für
den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am fünfzehnten
des Monats zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Vierteljahre oder längeren
Zeitalabschnitten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines
Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von
sechs Wochen zulässig.

Das Dienstverhältnis der mit festen Bezügen zur Leistung von Diensten
höherer Art Angehörigen, deren Erwerbsthätigkeit durch das Dienstverhältnis
vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, insbesondere der
Lehrer, Erzieher, Privatbeamten, Gesellschaftlichen, kann nur für den
Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer
Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden, auch wenn die Ver-
gütung nach kürzeren Zeitalabschnitten als Vierteljahre bemessen ist.

Ist die Vergütung nicht nach Zeitalabschnitten bemessen, so kann das
Dienstverhältnis jederzeit gekündigt werden; bei einem die Erwerbsthätigkeit

des Verpflichteten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nehmenden
Dienstverhältnis ist jedoch eine Kündigungsfrist von zwei Wochen einzuhalten.

Kündigung von Mietverhältnissen. Bei Grundstücken ist die
Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig; sie
hat spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. Ist der
Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß
eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am fünfzehnten des Monats
zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung
nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am
ersten Werktag der Woche zu erfolgen. Bei beweglichen Sachen hat die
Kündigung spätestens am dritten Tage vor dem Tage zu erfolgen, an
welchem das Mietverhältnis endigen soll. Ist der Mietzins für ein
Grundstück oder für eine bewegliche Sache nach Tagen bemessen, so ist die
Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig.

Räumungsfrist für gemietete Räume. (Polizeiverordnung vom
8. December 1901). Gemietete Räume, für welche vierteljährliche oder
längere Kündigungsfristen bestehen, sind, soweit das Bürgerliche Gesetzbuch
für das Mietverhältnis maßgebend ist, bei Beendigung desselben bis 12 Uhr
Mittags des auf die Beendigung nächstfolgenden Werktages zu räumen.

Bestimmungen über Fundstücken.

Der Finder kann von dem Empfangsberechtigten einen Finderlohn
verlangen. Der Finderlohn beträgt von dem Werthe der Sache bis zu
dreihundert Mark fünf vom Hundert, von dem Mehrerwerb eins vom
Hundert, bei Thieren eins vom Hundert. Hat die Sache nur für ten
Empfangsberechtigten einen Werth, so ist der Finderlohn nach billigem
Ermessen zu bestimmen. Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn der Finder
die Anzeigepflicht verletzt oder den Fund auf Nachfrage verheimlicht.

Mit dem Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der
Polizeibehörde erwirbt der Finder das Eigentum an der Sache, es sei
denn, daß vorher ein Empfangsberechtigter dem Finder bekannt geworden
ist oder sein Recht bei der Polizeibehörde angemeldet hat. Mit dem Erwerbe
des Eigentums erlöschen die sonstigen Rechte an der Sache. Ist die Sache
nicht mehr als drei Mark werth, so beginnt die einjährige Frist mit dem
Funde. Der Finder erwirbt das Eigentum nicht, wenn er den Fund auf
Nachfrage verheimlicht. Die Anmeldung eines Rechtes bei der Polizeibehörde
reht dem Erwerbe des Eigentums nicht entgegen.

Durch die Ablieferung der Sache oder des Versteigerungserlöses an die
Polizeibehörde werden die Rechte des Finders nicht berührt. Läßt die
Polizeibehörde die Sache versteigern, so tritt der Erlös an die Stelle der
Sache. Die Polizeibehörde darf die Sache oder den Erlös nur mit
Zustimmung des Finders einem Empfangsberechtigten herausgeben.

Verzichtet der Finder der Polizeibehörde gegenüber auf das Recht zum
Erwerbe des Eigentums an der Sache, so geht kein Recht auf die Gemeinde
des Fundorts über. Hat der Finder nach der Ablieferung der Sache oder
des Versteigerungserlöses an die Polizeibehörde auf Grund obiger Ver-
schriften das Eigentum erworben, so geht es auf die Gemeinde des Fundorts
über, wenn nicht der Finder vor dem Ablauf einer ihm von der Polizei-
behörde bestimmten Frist die Herausgabe verlangt.

Wird eine Sache, die so lange verborgen gelegen hat, daß der Eigen-
thümer nicht mehr zu ermitteln ist (Schatz), entdeckt und in Folge der Ent-
deckung in Besitz genommen, so wird das Eigentum zur Hälfte von dem
Entdecker, zur Hälfte von dem Eigentümer der Sache erworben, in welcher
der Schatz verborgen war.

Nachtrag: Verspätete Adressen für 1905.

Absto, J., Lohnbdiener, dessen Ehefrau Stellens-
vermittlung, Hpr. 1863, gr. Freiheit 79, II.
Aderbold, M. Wm. Schiffschmieds Lehrling 38, III.
Albrecht, Heinr., Arbeiter, gr. Banquoengst. 12, P.
Alexander, Gust., Verkaufsfreiwander, Sültenst. 45, I.
Anderson, C. Wm., Arbeiterin, gr. Bergst. 222, K.
Anneck, C., Ungerst. 59, II.
Arndt, C. Wm., Wäscherei, Ingerst. 14, II.
Aschheim, Sam., Kaufherr, Sedanst. 40, Post. 8, P.
Bachst. 3, Müller, Conradt. 18, Hst. 1.
Bade, Louis, Cigarrenarbeiter, Kirckenst. 4, III.
— M. Wm., Arbeiterin, H. Johannisst. 11, II.
Bahr, Heinr., Arbeiter, gr. Robentst. 7, D.
Bähler, Rud., Pader, Scheel-Wiesent. 1, II.
Bahr, Ernst, Zahntechniker, Reventlowst. 12
Baier, C. Wm., Arbeiterin, Hohenst. 48, H. 5, I.
Bahl, A. Ehefr., Arbeiterin, Kirckenst. 26, I.
Bauer, Joh., Schuhmacher, Friedrichst. 46, I.
— Robert, Schlosser, in Firma J. C. G. Hagemann,
gr. Bergst. 162, I.
Baumgarten, W., Müllerskinder, Sinsbüttelest. 63, I.
Bausch, W., Wäscherei, Sommerbudenst. 35, K.

Bed. Johs., Arbeiter, Adolphst. 144, H. 1, P.
Beder, Ernst, Polizeibeamter, Schumacherst. 55, II.
— M. Wm., privat., Sinsbüttelest. 93, I.
— Max, Kellner, Adolphst. 78, K.
Bedemann, Chr., Arbeiter, gr. Schmiebeckst. 26, P.
Behndt, C., Arbeiter, Gutsavst. 77, I.
Behrend, Wilh., Arbeiter, Dafenst. 73
Behrens, M. Wm., Blumenbnderei, Volerst. 19, I.
Behring, Joh., Tischlergehilfe, Lagerst. 12, II.
Benack, M., Händler, gr. Wilhelmienst. 50, II.
— Arbeiter, Gutsavst. 109, III.
Bergemann, V. Ehefr., Schneiderin, Ingerst. 12, III.
Berggren, Axel, Cigarrenarb., Sogmüllereest. 120, III.
v. Berings, Axel, Ingenieur, Kessingst. 20, II.
Bern, V. Ehefr., Milchhandlung, gr. Bergst. 149, K.
Bieberhorn, Carl, Zugschreiber, Schleswigerst. 5, III.
Bielefeld, C. Wm., privat., Langest. 29, I.
Bielefeld, C., Arbeiter, Ingerst. 16, H. 2, K.
Bilgoff, Carl, Tischlergehilfe, Kirckenst. 8, I.
Bismarck, L., Feizer, gr. Gärtnereest. 69, I.
Blud, C. G., gr. Johannisst. 73, Post. 2, I.
Boch, Friedr., Reihender, Breitest. 158, II.

Böhm, Herm., Brauer, Sültenst. 43, P.
Böhme, D., Koch, Waterlooohain 4, II.
Böhmer, Max, Agent, Conrathst. 51, I.
Böhms, C. Ehefr., Arbeiterin, Bürgerst. 30, D.
Boitin, G., Schuhmachergehilfe, Volerst. 15, K.
Bonn, Joh. Frau, gr. Frlgerst. 35, II.
Böse, Lumpenhandlung, Bachst. 50
Boeiser, Ad., Arbeiter, Mühlendam 7, P.
Böcker, Aug., Arbeiter, Blumenst. 17a, Terr. 3, II
Böhms, Hans, Arbeiter, H. Mühlentst. 17
Brantel, J., Schlossergehilfe, Blumenst. 15, II.
Brandt, Joh., Hausdiener, Hamburgerst. 19, H. P.
Brauer, C., Marinemeister, Viehoffst. 19
Breitrad, J., Malergehilfe, Vinnd. Chauße 21, P
Bremer, Wilh., Kellner, Adolphst. 78, K.
Brühns, Otto, Eisenreber, Vorjest. 6, III.
Brühns, Chr., Eisenbahnsecretair, ab 1. April 1905;
Gottorfst. 36
Bülow, R., gr. Carlst. 95, II.
Burgmann, G., Stadtbaurath, ab 1. April: Flott-
beker Chauße 60
Burlage, Fr., Feltmanaren, Schulterblatt 65

Barmer
— Joh
Bauer,
Christen
Glaser,
Goldberg
Gordt,
Gornel
Gors,
Grosch
Darel
Damm
Debler,
Dehn,
Delfand
Denkm
Diefel
v. Dem
E
Lieden
Dierks
Döbler
Donnel
E
Dorle,
Dornie
Dour,
Drechs
Duffke
E
Düde,
Dürflö
Dunder
Ebeling
Eberlin
E
Eggerst
Ehlers,
Eidenn
Eidner
Eiffelen
10
Efferst,
Elias,
Eler,
Enderes
Englin
— Ro
Evers,
Faisa,
Falk,
Falken
Feige,
Feldim
Femerl
Finner
Leopo!
ab
Fleisch
Flurer,
Fode,
Follh,
Frand,
— E
Franz
Freime
Frenck,
Freyer,
Friedri
Frisch,
Führer
H
H
Hulma
Weeje,
Wehlen
Lu
Wehrte
Wempe
Weutke
Weyer,
Wierdo

PLASTIC COVERED DOCUMENT